

Schlafen in Kitas braucht amtliche Bewilligung

Es ist ein Höhepunkt für viele Kleine: Eine Nacht in der Kinderkrippe vor den Ferien. Nun interveniert der Bund.

René Donzé

Viele Kitas organisieren vor den Sommerferien eine Übernachtung für alle Kinder, die sich trauen, eine Nacht ohne Mama oder Papa ausser Haus zu verbringen. Es ist ein Ritual als Jahresabschluss und ein Abschied für jene, die in den Kindergarten wechseln. Was bisher unbürokratisch vorstatten ging, wird nun aber zum Problem. Wie der Verband Kinderbetreuung Schweiz Kibesuisse seinen Mitgliedern mitteilt, braucht es dafür eine Bewilligung. Denn grundsätzlich dürfen die Betreuerinnen in der Nacht laut Arbeitsgesetz nicht arbeiten. Dies hätten Abklärungen mit dem Seco ergeben, dem Staatssekretariat für Wirtschaft. «Wir bedauern das sehr», sagt Nadine Hoch von Kibesuisse.

Das Seco bestätigt, dass für die Angestellten von Kitas das Arbeitsverbot von 23 bis 6 Uhr gilt. Allerdings könnten sie eine Bewilligung bei einem kantonalen Arbeitsinspektorat beantragen, wenn ein «dringendes Bedürfnis» bestehe. Hierfür hat Kibesuisse ein Formular erarbeitet. Beim Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich gibt man sich flexibel: «Wir bewilligen kulanterweise pro Betrieb einmal jährlich ein Kinderschlafen, damit die Kinder diesen besonderen Anlass einmal erleben dürfen», sagt eine Sprecherin.

Problematisch wird es für jene Kitas, die regelmässig, etwa ein- bis zweimal wöchentlich, Übernachtungen anbieten. Auch sie brauchen eine Bewilligung. In der Stadt Zürich sind das fünf Einrichtungen. Der Leiter einer solchen Krippe spricht von einer «Grauzone». Da die Kinder ja in der Regel die Nacht durch schlafen, rechne er nicht die ganze Zeit als Arbeit, sonst würde es viel zu teuer. Aber auch die einmaligen Anlässe vor den Ferien stehen auf der Kippe: «Wenn ich nun dafür eine Bewilligung beantragen muss, dann verzichte ich lieber darauf», sagt ein Kita-Leiter.

Pikanterweise haben nur die privaten Kitas ein Problem mit dem Nachtarbeitsverbot, nicht aber jene der öffentlichen Hand. Die Arbeits- und Ruhezeitvorschriften des Arbeitsgesetzes gelten nicht für Kantons- und Gemeindeangestellte.

Ein Langsamstarter dreht auf

Die Interventionen des Preisüberwachers Stefan Meierhans gewinnen an Schärfe

Laurina Waltersperger

Er gefällt sich in der Rolle. Zurückhaltend ist er zwar. Sagt, er habe nur das getan, was er täglich mache: den Finger darauf zu haben, wo Preise ungerechtfertigterweise steigen könnten. Stefan Meierhans brachte den Stein ins Rollen bei der Aufdeckung des Subventionsbetrugs von Postauto. Wenn er aus dem Untersuchungsbericht über den Skandal zitiert, ist sein Stolz spürbar.

Seit zehn Jahren wacht der 49-Jährige über die Preise in der Schweiz. Als der Jurist das Amt antritt, ist er jung, unerfahren, ungeschickt. Er gehört der CVP an, im Parlament hat er keine Erfahrung. Viele halten ihn für eine Besetzung aus dem CVP-Filz: Doris Leuthard setzt ihre Getreuen in vakanten Ämtern ein. Bundesbern kennt Meierhans aus seiner Stabsarbeit für die vormaligen Bundesräte Arnold Koller und Ruth Metzler. Bevor er nach Bern zurückkehrt, arbeitet er als Manager bei Microsoft. Ein Manager als Preisüberwacher? Viele rümpfen die Nase.

Zudem tritt er in grosse Fussstapfen – die seines Vorgängers Rudolf Strahm, einer Politgrösse, die als Preisüberwacher über die Parteigrenzen hinweg geachtet wurde. Meierhans hingegen traut man den Job weder im Parlament noch in der Verwaltung zu.

Doch er lernt schnell und versucht, das Misstrauen, das ihm entgegenschlägt, zu mindern. Dafür braucht er Erfolge. Er findet, die Preise im öffentlichen Verkehr seien zu hoch. Es ist ein Dauerstreit, der ihm liegt: In den vergangenen zehn Jahren sind ihm mehrere einvernehmliche Regelungen mit den SBB geglückt – sie konnten ihre Preise nicht ganz so stark erhöhen wie gewünscht.

Reizfigur der SBB-Spitze

Dieses Jahr setzte Meierhans durch, dass der öffentliche Verkehr die Senkung der Mehrwertsteuer an die Kunden weitergibt. Die Billettpreise sinken damit im Schnitt um ein Prozent. Doch das ist eine Ausnahme. Meistens einigt man sich auf andere Lösungen: Die SBB wollen Meierhans und die Kunden mit Gutscheinen bei Laune halten. Gutscheine, die häufig nie eingelöst werden. Wo bleibt hier Meierhans' Biss? Im öv gebe es viele Interessensgruppen, verteidigt er sich. Das mache das Verhandeln so schwierig. Künftig wolle er Rabatte durchsetzen. «Gutscheine sind besser als nichts, aber keine Lösung.»

Meierhans ist für SBB und Co. eine Reizfigur. In der Branche heisst es, die Preisfindungen mit den vielen Anbietern seien eine langwierige Angelegenheit. Fahre dann der Preisüberwacher medial «mit seinem Populismus» auf, sind Exponenten des öffentlichen Verkehrs erobert. Meierhans nimmt das gelassen. Um die Konsumentenpreise zu überwachen, müsse er auch die Sprache des Volkes sprechen. Im öv hält sein Preiskampf an, denn die Schweiz baut ihre Verkehrsinfrastruktur weiter aus. Das kostet. «Vor diesem Hintergrund werden die öv-Preise tendenziell ansteigen»,

sagt Peter Füglistaler, der Direktor des Bundesamts für Verkehr. Füglistaler und Meierhans sind oft anderer Meinung – der Amtsdirektor schätzt den Preisüberwacher trotzdem. Meierhans habe eine «disziplinierende Wirkung» auf die Akteure der Branche, sagt Füglistaler.

Weniger gut ist man in der Gesundheitsbranche auf Meierhans zu sprechen. Zwischen den Vertretern der Generika-Sparte und Meierhans ist das Klima frostig. In der Schweiz sind die Preise für Generika doppelt so hoch wie in den umliegenden Ländern. «Das ist Abzockerei», sagt Meierhans.

Es brauche bald ein Referenzpreissystem. Der Bundesrat habe 2014 entschieden, dass die Schweiz bei Generika einen Preisvergleich mit Referenzländern will. Vier Jahre später sei noch immer nichts passiert. Ein Vorschlag soll im Herbst in die Vernehmlassung.

Die Preisvergleiche, die Meierhans anstelle, seien höchst fragwürdig, sagt Intergenerika-Präsident Thomas de Courten. Man könne Äpfel nicht mit Birnen vergleichen, meint der SVP-Nationalrat. In diesem Belang sei der Preisüberwacher «beratungsresistent». Er verhalte sich wie

ein Terrier – der sich «festbeisst und nicht mehr loslässt, auch wenn es keinen Sinn ergibt».

Meierhans, ein Terrier? Wo bleibt der sachliche Verhandlungspartner, als der er oft beschrieben wird? Meierhans' Blick schweift aus dem Fenster. Die neue Spitze des Pharma-Verbandes kenne er noch nicht gut. Intergenerika habe ihn für einen verbalen Schlagabtausch vor Publikum angefragt. Er warte noch auf die Einladung. Der Preisüberwacher klingt angriffslos. Im Gesundheitsbereich will er noch aktiver werden. Von seinen 17 Mitarbeitern arbeiten vier auf dem Dossier, in den übrigen Bereichen sind es höchstens zwei.

Rechtsweg? Lieber nicht

Manchmal mangle es ihm aber auch an Angriffslust, heisst es aus Politikerkreisen. Zwar habe er sich inzwischen die erforderliche Glaubwürdigkeit verschafft. Aber: Er scheue den Rechtsweg – wo dies doch seine Glaubwürdigkeit stärken würde. Meierhans solle nicht alles einvernehmlich lösen, sondern «mehr Zähne zeigen». Die Wettbewerbskommission wählt diesen Weg regelmässig. Fehlt Meierhans der Mut?

Gerade noch sass er entspannt auf seinem Stuhl. Nun springt er auf, greift nach einem Buch, blättert: «Das Wettbewerbsgesetz verpflichtet mich dazu, immer erst auf eine einvernehmliche Lösung zu pochen.» Das sei grundsätzlich gut so. Da die langen Prozesswege nicht im Sinne der Konsumenten seien.

Im Fall der Hotelbuchungsplattform Booking.com betritt der Preisüberwacher nun rechtliches Terrain. Vor einem Jahr hat er ein formelles Verfahren eröffnet; seine Leute ermitteln wegen zu hoher Kommissionsgebühren. Hofft er auf einen Präzedenzfall? In der digitalen Welt stellen sich neue Regulierungsfragen. Es werde sich zeigen, ob der Gesetzgeber aktiv werden müsse.

Meierhans ist ein Mann mit einer Mission, darin stimmen Politiker, Spitzenvertreter von Brancherverbänden und Unternehmen überein. Die einen werfen ihm einen Hang zu medialem Populismus vor. Die anderen finden, seine Auftritte erfüllen ihren Zweck. Unbestritten ist, dass Meierhans sein Profil als Preisüberwacher geschärft hat. Ist es nach zehn Jahren Zeit aufzuhören? Er wolle weitermachen, sagt er. Die Arbeit sei sehr abwechslungsreich – denn «alles im Leben hat einen Preis».



Einmal galt er als Profiteur eines CVP-Filzes, heute wird er respektiert: Stefan Meierhans. (21. Juni 2018)

Patienten bluten für Tarifstreit am Basler Unispital

Die Krankenkassen und das Unispital Basel streiten um die Kosten für halbprivat und privat Versicherte. Patienten zahlen die Zeche wegen des vertraglosen Zustands.

Andreas Schmid

Ein Tarifstreit zwischen fünf Krankenkassen und dem Universitätsspital Basel betrifft Tausende von halbprivat und privat Versicherten im Einzugsgebiet. Helsana und Concordia kündigten die Zusatzversicherungsverträge mit dem Spital per Ende 2017; Sympany, Groupe Mutuel und Assura verlängerten die auf diesen Zeitpunkt auslaufenden Kontrakte nicht mehr.

Weit über 50 Prozent der Zusatzversicherten Krankenkassenkunden in der Region werden in

die Auseinandersetzung hineingezogen, denn die Behandlungskosten im Unispital sind nicht mehr vollumfänglich durch die Kassen gedeckt.

Weil sich Versicherer und Unispital nicht auf ein neues Tarifmodell einigen konnten, kam es zum Eklat. Helsana zum Beispiel setzte nun vor zwei Wochen Höchstbeträge fest, die jeweils vergütet werden. Die Differenz dazu müssen die betroffenen halbprivat und privat versicherten Patienten selber übernehmen. Rund 10 000 Briefe versandte die Kasse, um ihre lokalen Kunden auf das Problem hinzuweisen. «Wir zeigen unseren Versicherten die Möglichkeit, sich in anderen Kliniken behandeln zu lassen», sagt Helsana-Sprecher Stefan Heini. Sympany, die Kasse mit den meisten Kunden in der

Region, übernahm bisher sämtliche Kosten ihrer Versicherten, führt jetzt aber auch Höchsttarife ein, wie Sprecherin Jacqueline Perregaux ausführt. Obwohl auch Versicherer Concordia mit dem Unispital keinen gültigen Vertrag mehr besitzt, definiert er vorerst keine Maximalbeträge. «Bis jetzt müssen die Kunden keine Zusatzkosten selber tragen», hält Sprecherin Astrid Brändlin fest.

Im Unispital Basel ist man nicht gut auf die fünf Krankenkassen zu sprechen. Diese lehnen vorgeschlagene Abgeltungen ab, die sie etwa am Berner Unispital und am Zürcher Universitätsspital zu zahlen bereit seien, kritisiert Spital-Sprecher Martin Jordan. «Es ist für uns nicht plausibel, weshalb die Kassen in Bern und Zürich für Zusatzversicherte weit höhere Pauschalen entrichten

sollen.» Was etwa Helsana im Brief an die Versicherten schreiben, grenze an Rufschädigung, sagt Jordan. Aufgrund des Streits weise das Spital die betroffenen Patienten nun mit dem Aufgebotschreiben darauf hin, dass sie möglicherweise ungedeckte Kosten zu tragen hätten. Die Leistungen werden laut Jordan zudem nicht mehr den Versicherungen in Rechnung gestellt, sondern direkt deren Kunden.

Die jetzt vom Basler Universitätsspital geforderten Tarife lägen höher als die bisherigen und seien teurer als jene des Insepsitals in Bern und des Unispitals in Zürich, widerspricht Concordia-Sprecherin Astrid Brändlin.

Auch Helsana-Sprecher Stefan Heini dementiert, dass die Krankenkasse andernorts Vergütungen entrichte, die sie in Basel ab-

10 000

Diese Zahl an Briefen versandte die Krankenkasse Helsana an Kunden in der Region Basel, um sie auf den Streit hinzuweisen.

lehne. Das Universitätsspital berufe sich auf Modelle, die dem ihnen nicht entsprächen. «Die Verantwortlichen ziehen verschiedene Berechnungsgrundlagen bei und vergleichen Äpfel mit Birnen.» Das Angebot des Spitals würde für die Prämienzahler auf dem Teil der Spitalleistungen Zusatzkosten von 50 Prozent bedeuten, sagt Heini. Die Kunden zeigten meist Verständnis, «dass Helsana keine Phantasiepreise

akzeptieren kann, die sie zuletzt mit ihren Prämien begleichen».

Wie Radio SRF berichtete, fühlen sich andere Zusatzversicherte der Krankenkasse aber für einen Streit missbraucht. Die Kunden würden als Druckmittel eingesetzt, beklagte sich eine Heinerin.

Martin Jordan vom Basler Unispital sagt, die betroffenen Patienten erkundigten sich vorwiegend über die Höhe der Kosten, die ihnen entstehen könnten. Absagen von Terminen wegen der Unwägbarkeiten seien ihm keine bekannt. Jordan betont, dass die Verhandlungen mit den Krankenkassen fortgeführt würden. Teilweise mude das Verhalten der Versicherer jedoch grotesk an. Jordan sagt: «Helsana hat das Modell mit einem Basler Privat-spital vereinbart, das es dem Universitätsspital verweigert.»